

# Wirtschaftliche Zeitung



Gezeichnet

1704

Mit

**Kurszettel**

10 Pfennig

**Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen**

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruck: Zentralia Ullstein, Am Dönhofs 3600-3603, 3604, 3605  
Des. des Vertriebs: Amt Dönhofs 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbehaltskonto 3600-3605.

## Langer-Konferenz gefordert

### Ablehnung in London und Paris

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

Wie jetzt bekannt wird, enthält das Memorandum über Langer, das von Spanien den Regierungen von England, Frankreich und Italien überreicht worden ist, zugleich eine Einladung zu einer Konferenz über die ganze Langerfrage, die am Mittwoch (1. September) in Genf, am Vorabend des Zusammentritts des Völkerbundes, abgehalten werden sollte. Man ist in London beiderseits der Meinung, daß diese Einladung von Spanien auf alle Fälle abgelehnt werden wird. Die Unterzeichner der Memorandums sind, einschließlich der kleineren Unterzeichner wie Holland, Belgien, Portugal, und daß sie, wie man annimmt, auch Amerika übermittelt worden ist. Auch Schweden scheint in Spaniens Vorschlagung eingeschlossen zu sein, aber nicht in Hinblick auf das Langer-Problem, sondern wegen der Frage der südlichen Elbe, mit der Spanien das Langer-Problem zu verbinden sucht. Es wird betont, daß die Aufforderung an die kleineren Staaten, an der Konferenz teilzunehmen, völlig unerwartet in London wie in Paris gekommen ist.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt heute, daß sich Frankreichs Haltung seit der vorletzten Woche

bedeutlich verändert habe. Keine der von Madrid geforderten Alternativen, hinsichtlich der Abgabe, für Paris annehmbar, obwohl Frankreich gemäß ist, an ministerielle Konzeptionen an Spanien zu machen. Ueber den Charakter der italienischen Antwort sei noch nichts bekannt gewesen, doch soll der Vorkall einen tiefen Eindruck aufweisen, um die spanische Regierung davon abzubringen, Schwierigkeiten in Genf zu schaffen oder sich vom Völkerbund zurückzuziehen.

Paris, 28. August.

Die Morgenpresse gibt nähere Einzelheiten über die Auseinanderlegung zwischen Madrid, Paris und London in der Langerfrage. An der spanischen Langer-Rote werden zunächst die politischen und strategischen Gründe dafür auseinandergesetzt, daß Spanien in Langer unbedingt die Vorkerforderte haben müßte. Primo de Rivera schlägt hierfür zwei Lösungen vor: entweder die Einverleibung Kanariens in die spanische Protektorate oder Übertragung eines Völkerbundmandats an Spanien. Gleichzeitig legt er den Vorschlag einer Frist für die Beantwortung seiner Rote, am zwar soll die Antwort vor Beginn der Völkerbundtagung in Madrid eintreffen.

Paris und London seien nun, wie die Morgenpresse mitteilt, nach einem Meinungsaustrausch über die zu erzielende Antwort eingetreten, und Bericht habe die französische Rote bereits

fertiggestellt. Frankreich erklärt sich bereit, die spanischen Wünsche mit größtem Wohlwollen zu prüfen, gibt aber zu bedenken, daß ein derartig wichtiges Problem nicht in wenigen Tagen gelöst werden könne. Im übrigen vertritt Frankreich den Standpunkt, daß Langer eine Angelegenheit des internationalen Rechts sei und dem Völkerbund nichts angehe. Eine Völkerbundskonferenz über Langer bedeuete eine Verletzung der Souveränität des Landes von Marokko. Eine Lösung sei nur im Rahmen des Algeciras-Vertrages vom 1923, d. h. also nur auf administrativem Gebiete zu finden, aber es schiene Frankreich, daß der Algeciras-Vertrag nur fiktiver Raum zu einem Kompromiß entsprechend den Wünschen Spaniens biete.

### Hoehf und Gaus nach Genf

Wirtschaftler Dr. A. Hoehf ist heute vormittag vom Reichsausschuss empfangen worden. Er reist am Nachmittag direkt nach Genf, um an den Beratungen der Studienkommission, die am Montag zusammentritt, teilzunehmen. Mit Hoehf fährt auch Ministerialdirektor Gaus nach Genf, der nach den früheren Willkür in Berlin bleiben sollte. Die deutsche Vertretung in der Studienkommission wird also im August genau die gleiche sein wie im Mai. Die Stelle des Ministerialdirektors Dr. Gaus ist gestern beschloffen worden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erhebt gegen die „Wirtschaftliche Zeitung“ den Vorwurf, die Vertraulichkeit der Beratungen im Auswärtigen Amt zu verletzen zu haben. Das soll geschehen sein durch die Veröffentlichung der Fassung, daß die internationalen Mitglieder des Ausschusses für den formumfassenden Antrag auf Zurückziehung des Aufnahmevertrages beim Völkerbund und die Einberufung des Plenums des Reichsausschusses getilgt haben. Die „Wirtschaftliche Zeitung“ hat seit Anfang und Ende des Prinzips innegehalten, nur die offiziellen Communiqués über den materiellen Inhalt der Beratungen des Auswärtigen Amtes weiterzugeben. Der Sinn der Vertraulichkeit der Sitzungen dieses Ausschusses ist, daß Regierungsdirektoren und Abgeordnete sich über die Fragen der auswärtigen Politik austauschen können, ohne Anstrengungen betreiben zu müssen. Die Zurückziehung der Ablehnung des formumfassenden Antrages ist offiziell mitgeteilt worden. Es lag keinerlei öffentliches Interesse vor, die Haltung der Reichsregierung bei dieser Abstimmung zu verdeutlichen, höchstens — wie man aus dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ schließen muß — ein parteipolitisches beziehungsweise nationales Interesse, auf das sich nicht Rücksicht zu nehmen haben. Im übrigen macht sich die „Deutsche Tageszeitung“ einer falschen Darstellung schuldig. Der formumfassende Antrag gibt nicht ab, umgeben das Plenum des Reichsausschusses einzuwirken, damit durch ihn die Reichsregierung erlucht werden könnte, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen. Der Antrag fordert lediglich Klipp und Har den Beschluß des Ausschusses auf Zurückziehung des Aufnahmevertrages. In und dafür haben die Deutsationalen geglaubt. Das zu erfahren, hat das deutsche Volk ein Recht.

## Die Bestimmungsmensur

### Der Heidelberger Streit

Nach Mitteilungen aus Heidelberg hat das badische Innenministerium die Polizeibehörde der Stadt angewiesen, den allerbühnsten Neubau des „Aperio-Carolo“ — das Total an der Bismarckstraße — die Ablehnung der Bestimmungsmensur zu verhindern und solche polizeilich zu verhindern.

Bekanntlich hat das Reichsgericht bereits im Jahre 1887 in einer unbedingten Entscheidung die Bestimmungsmensur für die Schulen im alten Standpunkte bestätigt und wiederum die Bestimmungsmensur als verbindlich für Schulen im geltenden Rechte erklärt. Durch dieses neue Urteil des höchsten deutschen Obergerichts ist das badische Innenministerium zu der oben mitgeteilten Polizeibehörde genötigt.

Damit ist die Frage der Bestimmungsmensur wiederum in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Es ist klar, daß die Maßnahme des badischen Innenministeriums zu strengen Folgen führen könnte, wenn nicht von Reichs wegen einheitliche Standards, die für alle Strafbehörden der Bundesrepublik sind, festgelegt werden. Von allen der höchsten Behörden aus und Würtemberg, Bayern und Hessen in Frage, und auch Thüringen zu erreichen. Es könnte sich der nächste Vorgang aus der letzten Zeit des „Deutschen Bundes“ wiederholen, daß die höchsten Studenten-Ausschüsse in das benachbarte „Ausland“ unternehmen, um der wohlhabenden böhmer Polizei ein Schnitzmesser zu schicken. Jedem Studenten wäre dies nicht ein Unternehmen, das geradezu verboten erscheint, die mensuralen ihre Güter nach etwa freizügig geordneten „Studentenstriche“ durch Aufhebung eines bereits bei anderen Obergerichten mit romanischer Tradition gebilligten Vorgangs wieder etwas zu beheben.

Eine solche Maßnahme würde der Polizei, in Genuß geföhrt von der „Deutschen Studenten-Ausschüsse“ fische Dummheit der Bevölkerung nicht die registrierte Gewalt hat. Das wäre eine unerträgliche Verletzung der betroffenen Hochschule und eine staatsrechtliche Verletzung der wirtschaftlichen Interessen der Hochschule.

zulauf ein Ende zu machen, der diesen Namen seit langem nicht verdient.

Was die materielle Seite der Frage angeht, scheiden sich die Vertreter in zwei Lager. Die einen erklären die Mensur eine gewisse Größe, die gerade noch einem Mitteltage beherbergt erfordere, und Hoffkriterien sei in die Nähe des großen Lagers. Die anderen erklären die Mensur als eine Angelegenheit des sublimen Sports, der weit weniger gefährlich als andere Sportarten, wie beispielsweise das Fußballspiel, und haben die erstebestehende Wirkung auf Körper und Charakter hervor. Beide Meinungen enthalten das gemeinsame, daß die Frage Angelegenheit als gemeinlich belanglos betrachtet.

Die Sache enthält aber ein ganz anderes Gesicht, wenn man die Beweggründe berichtigt anseht, die mit großen Ehrer und Nachdruck die Bestimmungsmensur verteidigen und selbst ihre öffentliche Erörterung über ihre Zweckmäßigkeit zu verhindern suchen. Diese Rechte wollen, daß die Bestimmungsmensur sich als eines der wichtigsten — wenn nicht das wichtigste — Element des ganzen Völkerbundaufbauens erweisen hat. Mensur oder nicht Mensur steht und steht nicht die ganze Studentenfrage in zwei Teile. Wer weiterhin die Zusammenhänge kennt, die durch das Selbstbestimmungsrecht und seine engen und festen Beziehungen zu der „Alten Herren“ bestehen, weiß, daß damit etwas der geistlichste, wirtschaftlich und politisch einflussreichste Gebäude in Deutschland geschaffen werden ist. Viel, viel mehr als der bisherige „Mann aus dem Balle“, abni, wird durch diese Bindungen und Verbindungen die Beziehung der Lehrer und erstbestehenden Schüler in Würdigung und Ehre und damit der Gang unseres öffentlichen Lebens beeinflusst. Es soll damit nicht gesagt werden, daß jeder Verbindungsmitglied seinen Aufstieg zu erhabenen Stellungen seinen „Bunde“ verdankt, aber jeder Verbindungsmitglied, der offen und Herten Willen die anzuwenden im Punkte sich vollziehenden Vorgänge prüft, muß geföhrt, daß sich dabei gefährliche Herde einer Protektionenpolitik sehr oft bilden, die die freie Entscheidung aller Kräfte unserer geistlichste und politischen Leben hemmen.

Es greift man über der Prüfung der an sich ziemlich harmlosen Frage der Bestimmungsmensur in eine fälschliche Bunde, die einmal ausgeht werden muß, wenn wir einen sichereren und freieren Zugang in unserem Nationalleben verpöhlen wollen. Die Abgabe gegen diesen in unserem Sinne untragbaren Zustand kann nur eine einheitliche und radikale Lösung der Frage der Bestimmungsmensur bieten. Entweder schafft man sie ab; dann muß die ganze Autorität des Reichsausschusses eingesetzt werden, um sie zum Verschwinden zu bringen. Oder er man schlägt den Vorkommnissen, mit welchen man den Reben der Verbindungsstudenten die Mensur als mittelbar vererblich wird, und betrachtet sie als eine „strafliche Selbstbehauptung“, die „geeignet erscheint, die Jugend zu erziehen“. Dann aber muß diesem Sport seine Ehre vollständig genommen werden und die Mensur als ein Sportspiel ausgetrieben werden, der nicht allein unter die offiziellen akademischen Sportarten aufgenommen, sondern auch vom Reichsausschuss für Verbindungen mit aller Sorgfalt gestrichelt wird. . . .

### Bankangebot Moskauer an Polen

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

In Warschau, 28. August. Der russische Gesandte in Warschau hat der letzten Regierung mitteilt, daß Moskauer bereit sei, sofort in Verhandlungen über den Rückzug eines Garantievertrages einzutreten. Die Beratungen wurde A. G. bestimmt. Die Verhandlungen werden leitend durch den Außenminister Iljinski geführt, der sich frankforter nicht nach Genf bezieht. Letztend wird in Genf durch seinen händigen Delegierten beim Völkerbund sowie durch den Gesandten in Rom und in London vertreten. Dagegen entziehen Frankreich und England ihre Außenminister, die auf der Stelle nach Genf in Warschau mit dem leitenden Außenminister konferieren werden.

Moskau, 28. August. Die Verhandlungen mit Finnland haben bereits gestern in ein Stillstandsgekommen, ebenso sind die Verhandlungen über den Rückzug eines Garantievertrages aufgenommen worden. Gleichzeitig hat Ausland einen neuen Schritt in Warschau unternommen. Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht folgende amtliche Erklärung: Der bevollmächtigte Vertreter der Commission in Warschau überreichte in diesen Tagen dem polnischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ein Garantievertrag, den ihm übergeben werden soll. Selbständige Einleitung von jedem aggressiven Vorgehen, Verpflichtung beider Parteien, im Falle eines Angriffs gegen die andere Partei Neutralität zu wahren, Nichtteilnahme an gegen die andere Partei gerichteten Abkommen politischer oder wirtschaftlicher Charakters, Entscheidung etwaiger Streitiger Fragen durch eine gemischte Einigungscommission. Die Kompletterklärung sprach den Wunsch aus, daß der Vertrag während